

Menem besucht Jamaika und Houston

Unterstützung von Argentinien's Malwinenposition in Jamaika / PR in USA

Vor seinem Auftritt auf grossem Parkett im texanischen Houston, in dem die NASA zuhause ist, und wo er am Abschluss des XVII. Weltenergiekongresses teilnahm, erfuhr Präsident Carlos Menem zwei erfreuliche Nachrichten. Im jamaikanischen Kingston sicherte ihm Premier Percival Patterson die Unterstützung der ehemaligen britischen Kolonie für die argentinische Forderung nach Souveränität über die Malwinen zu. Ausserdem versprach Patterson, die Kandidatur Argentinien's um Aufnahme in den Weltsicherheitsrat zu unterstützen.

Der Staatsbesuch Menem's auf der kleinen Insel war fruchtbar. „Wir wissen die Unterstützung unserer Anliegen für 1999 zu schätzen und behalten die Forderung Jamaika's und des Caricom (Gemeinschaft der Karibikländer) für das Jahr 2000 im Auge“, sagte Menem und bezog sich dabei auf die argentinische Bewerbung für das Amt des nicht-ständigen Mitglieds im Weltsicherheitsrat, auf das auch Brasilien Anspruch erhebt. Jamaika's Anliegen ist hingegen, nach 20 Jahren neuerlich und zusammen mit den anderen 13 Ländern des Karibikblocks wieder einen Platz im Sicherheitsrat einzunehmen, wofür Argentinien die Forderung einer Ratsvergrößerung unterstützen soll. Patterson erklärte seinem Gast: „Wir sind dafür, dass Grossbritannien und Argentinien sich an den Verhandlungstisch setzen. Wir messen der bevorstehenden Reise von Präsident Carlos Menem eine hohe Bedeutung zu.“ Man unterstütze den Dialog, da doch Jamaika ein Teil dieser Hemisphäre sei aber auch Teil des Commonwealth (Gemeinschaft ursprünglich britischer Länder).

Die letzte offizielle Tätigkeit Menem's war ein Arbeitsfrühstück mit jamaikanischen Unternehmern und Mitgliedern der Handelskammer. In dessen Rahmen erklärte der Präsident, zur Verbesserung des Handels- und Tourismusaustausches sei die Einführung von wöchentlich zwei Direktflügen zwischen Buenos Aires und Kingston erforderlich.

Im texanischen Houston begann der Besuch mit der Abschlusszeremonie zum Ende des XVII. Weltenergiekongresses, wo Menem vor den Teilnehmern eine Rede hielt. Am Ende sprach er eine formale Einladung zum nächsten Energiekongress aus, der vom 21. bis 25. Oktober 2001 in Buenos Aires stattfindet. Nachmittags eröffnete der Präsident die Ausstellung „Tango“, in deren Rahmen 42 Bilder und Skulpturen namhafter argentinischer Künstler gezeigt werden, und auch Tangovorführungen und Weinproben stattfinden. Am Donnerstag abend folgte ein Essen mit texanischen Erdölmagnaten, Bankern und Unternehmern. Dabei versicherte Menem den Unternehmern und Bankiers, dass weder Argentinien noch Brasilien in ihren Wirtschaftsmodellen trotz der schweren Krise auf den Weltmärkten nicht den Rückwärtsgang einlegen würden. Argentinien, so Menem, werde trotz der internationalen Finanzkrise „das grösste Wachstum auf dem Planeten haben“ und das Bruttoinlandsprodukt werde „eine Steigerung um rund sechs Prozent“ erfahren. In Houston, das neben reichen Erdölvorkommen auch die NASA beheimatet, erfüllte sich für den Präsidenten ein grosser Wunsch. Er durfte im NASA-Ausbildungszentrum den Simulator des Raum-Taxis „fliegen“.

Schlagabtausch De la Rúa-Alvarez

Stabilität der Allianz auf dem Prüfstand

Der Radikale Präsidentschaftskandidat Fernando de la Rúa bezeichnete am Donnerstag die Äusserungen des Frepaso-Chefs Carlos „Chacho“ Alvarez als ausgesprochenen Leichtsinn. Alvarez hatte am Tag zuvor erklärt, die Korruptionsfälle in der Stadtregierung der UCR hätten den Imageverlust der Allianz verursacht.

Im Zusammenhang mit den Äusserungen von Alvarez versicherte der Radikale, „es handelt sich nur um Erklärungen mit einem klaren politischen Opportunismus“. Es sei seine Absicht, so de la Rúa, die Einheit der Allianz zu bewahren und deshalb wolle er auch weiter über die Worte von Alvarez

nichts sagen. Allerdings fügte der Chef der Stadtregierung hinzu, er habe Beharrlichkeit im Kampf gegen die Korruption gezeigt und zierte in diesem Zusammenhang die enormen Einsparungen in den Verträgen für die öffentlichen Dienste in der Stadt.

Der Frepaso könnte jetzt einen definitiven Schritt tun, um die Hakenereien mit den radikalen Teilhabern auf einen Höhepunkt zu bringen, wenn er seine Drohung, eine Interpellation des Stadtchefs in der Legislative zu beantragen wahrmacht. Diese Möglichkeit scheint, so verlautet aus Kreisen des Frepaso, immer wahrscheinlicher zu werden. „Wir ertragen das bis

zu einem gewissen Punkt, doch darüber hinaus können wir das nicht mehr. De la Rúa scheint den menemistischen Stil angenommen zu haben wenn er sagt, man müsse die Fristen der Justiz respektieren und wenn es keine Beweise gebe, würde er wie zuvor seinen Beamten vertrauen“, erklärte dazu ein hochkarätiger Frepaso-Politiker. De la Rúa seinerseits veranstaltete eine Pressekonferenz nach einem Mittagessen mit den Bankern von der Adebá, der Bankenvereinigung. Begleitet von dem Abgeordneten Rodolfo Terragno und dem Wirtschaftler Adalberto Rodríguez Giavarini stellte sich der Präsidentschaftskandidat der UCR den po-

lemischen Äusserungen von Alvarez. Der Frepaso-Chef hatte sich auf den Skandal um den Ex-Generalnotar der Stadt, Jorge Gómez, bezogen. Dessen Sekretärin Rita María López hatte nach Presseversionen bei der Justiz Anzeige über die Existenz einer Korruptionsorganisation in der Stadtregierung erstattet, deren Mitglieder Anhänger des „delarruismus“ sein sollen. Die Radikalen schossen nach den „Lästerungen“ des Frepaso zurück und wiesen auf die Frepaso-Abgeordnete von La Pampa hin, die bei dem Wiederwahlprojekt für Gouverneur Rubén Marín diesem ihre Stimme gab - bzw. wie es hiess - verkaufte.

Noch 24 Alt-Nazis in Argentinien

Ein Verantwortlicher für Judendeportationen

Nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums befinden sich noch zwei Dutzend Alt-Nazis in Argentinien, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg hierher abgesetzt hatten. Sergio Widder, Leiter der jüdischen Organisation in Lateinamerika, sagte am Mittwoch in Buenos Aires, unter ihnen befände sich das frühere Mitglied der mit Hitler verbündeten kroatischen Ustascha, Ivo Rojnitza. Er habe in Kroatien während des Krieges mehrere Deportationen von Juden angeordnet. Seine Auslieferung an Kroatien sei allerdings wegen seiner „guten Beziehungen“ zur Regierung in Zagreb wenig wahrscheinlich. Unlängst wäre er laut Widder sogar beinahe zum Botschafter Kroatiens in Buenos Aires ernannt worden. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum habe Präsident Carlos Menem aber rechtzeitig über Rojnitza's Vergangenheit und die „Gefahr eines Skandals“ unterrichtet. Nach 1945 haben nach Angaben von

Historikern bis zu 40.000 Anhänger des Nationalsozialismus in Argentinien Zuflucht gefunden. Unter ihnen waren hochrangige NS-Funktionäre wie Adolf Eichmann, der die Transporte in die Todeslager organisierte, der Auschwitz Lagerarzt Josef Mengele, der schauerliche Experimente mit Gefangenen anstellte und SS-Offiziere wie Erich Priebke, der 1996 an Italien und der kroatische KZ-Kommandant Dinko Sakic, der im Juni an Zagreb ausgeliefert wurde. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum schätzt, daß in dem von Sakic von 1942 bis 1944 geleiteten Konzentrationslager eine halbe Million Menschen ermordet wurde. Sakic's Ehefrau Esperanza (Nada) will Argentinien offenbar in Kürze ausliefern. Sie wird beschuldigt, im Frauenlager Stara Gradiska südöstlich von Zagreb zwischen 1942 und 1945 an Folterungen von Frauen beteiligt gewesen zu sein.

Verschärfte Sicherheitspolitik

Seit einiger Zeit nehmen Raubüberfälle sowie Mordtaten deutlich zu, insbesondere in der Bundeshauptstadt und im Raum Gross-Buenos Aires. Die Verbrecher, die Geschäftslokale oder Einzelpersonen überfallen, legen eine Kaltblütigkeit an den Tag, die vormals vor dem reinen Mord zurückschreckte. Jetzt ist das anders. Die Verbrecher ermorden ihre Opfer kaltblütig, oftmals nur für wenig Geld, das sie mitnehmen. Die Gewaltszene hat sich offensichtlich verändert. Das gilt neuerdings auch für die Bundeshauptstadt, die früher als sicherer denn die Umgebung galt.

Die Regierung, die für die Sicherheit der Einwohner verantwortlich ist, hat mit einem grösseren Aufgebot an Polizisten auf der Strasse sowie mit einer besseren Ausrüstung der Polizei mit Kraftfahrzeugen, Kommunikation und Schiesszeug reagiert. Dieses Programm ist noch teilweise unterwegs, so dass zwecks Staatsmittel ein Etatposten des Erziehungsministeriums für 20 Millionen Pesos erhalten muss, um für die Sicherheit zu sorgen, die offensichtlich eine höhere Priorität als der Unterricht genießt. Das entspricht zudem den Meinungsumfragen, die die Sicherheit neuerdings als höchstes Sorgenkind der Bevölkerung identifiziert, sogar mehr als die Arbeitslosigkeit und mit Abstand vor der Erziehung. Hier gilt das lateinische Sprichwort „primum vivere, deinde philosophari“ (zuerst leben, dann filosofieren).

Die verschärfte Sicherheitspolitik kann man auch daran ablesen, dass immer wieder Verbrecher bei Schiessereien mit der Polizei umkommen, letzthin beispielsweise gleich vier von fünf Mitgliedern einer Bande, die eine Immobilienagentur überfallen hatte und auf der Strasse von herbeieilenden Polizisten gestellt wurde. Wenn die Polizisten scharf schießen, werden die Verbrecher gelegentlich einsehen, dass Überfälle lebensgefährlich sind.

Neu in der Verbrecherszene ist die erwählte Skrupellosigkeit, wenn die Opfer kaltblütig ermordet werden, wobei möglicherweise nur eine geringe Beute anfällt. Hierbei wird vermutet, dass die Verbrecher unter dem Einfluss von Drogen handeln, die bekanntlich die letzten moralischen Hemmungen wegradieren. Der geringste Widerstand bei Überfällen wird mit der Schusswaffe quittiert, sicherlich besonders grausam.

Präsident Menem, der für die Bundespolizei im Innenministerium verantwortlich ist und deshalb die Sicherheit in der Bundeshauptstadt garantiert, hat sich in einem Pressegespräch mit „Clarín“ am vergangenen Sonntag deutlich zur Gewaltszene der gemeinen Verbrecher geäußert. Eine neue Abart der Subversion sei am Werk, meinte Menem, der sie unterschwellig mit den politisch nach der Macht im Staat langenden Terroristen der siebziger Jahre gleichstellte, als Mord, Totschlag, Raub, Entführung und Erpressung an der Tagesordnung standen. Das führte dann zur gnadenlosen Repression, deren Folgen die argentinische Gesellschaft immer noch

nicht aufgearbeitet hat.

Menem erklärte zudem klipp und klar, dass die Antwort auf diese Gewaltwelle gewöhnlicher Verbrecher nur die Härte und Intoleranz sein könne. Hiermit signalisierte der Staatschef eine kompromisslose Bekämpfung der Gewalt, wobei Menem auch darauf hinwies, dass stets postuliert werde, die Menschenrechte der Delinquenten zu schützen, wogegen die der Polizeibeamten übersehen werde.

Diese Stellungnahme des Präsidenten bewirkte sogleich Verbalattacken der Opposition, die darin einen Freibrief für polizeiliche Übergriffe witterte, indem etwa Passanten belästigt werden, wenn die Polizei ihre Kriminalgeschichte untersucht, oder wenn Delinquenten in Polizeirevier misshandelt werden.

Das Sicherheitsthema steht zudem im Mittelpunkt der politischen Diskussion über das jüngste Stadtgesetz, das der Polizei ihre Befugnisse abgesprochen hat, Personen zu verhaften, die sich verdächtig verhalten, während gleichzeitig Prostituierte beider Geschlechter ungehindert auf offener Strasse ihren Neigungen nachgehen dürfen, ohne belästigt zu werden. Das hat in betroffenen Bürgerkreisen deutliche Unmut hervorgerufen, wobei sich das Gefühl verbreitete, dass jetzt keinerlei Schutz vor Verbrechen bestehe, weil der Polizei die Hände gebunden seien. Dass dem freilich nicht so ist, zeigten die jüngsten Schiessereien mit toten Verbrechern auf offener Strasse.

Welche Folgen die Unsicherheit der Einwohner für die Landespolitik hat, kann noch nicht abgesehen werden. Indessen mag als Zeichen gewertet werden, dass Exkommissar Luis Patti, Bürgermeister Escobar, nördlich der Bundeshauptstadt, in den Umfragen über die Kandidaten der Justizialistischen Partei für das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires voran liegt. Patti hatte sich schon vor einigen Jahren einen Namen als Polizeikommissar in Pilar gemacht, ehe er zur Politik hinüberwechselte und Escobar von Delinquenten säuberte. In New York gelang dem Bürgermeister Giuliani ebenfalls das Kunststück, die riesige US-Metropole weitgehend sauber zu halten. Die Verbrecher üben ihr Handwerk sicherlich in anderen Gefilden aus. Seither gilt der erfolgreiche Bürgermeister sogar als möglicher Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der republikanischen Partei für 2000.

Wenn im Volk das Gefühl Oberhand nimmt, dass die Gesetze und die Polizei nicht für die persönliche Sicherheit sorgen, dann färbt das auf die Politik und die Kandidaten ab, von denen erwartet wird, dass sie mit konkreten Antworten auf das Problem der unzulänglichen Sicherheit aufwarten. Das können freilich nur die wenigsten und schon gar nicht die Parlamentarier, die Gesetzesprojekte zugunsten der Verbrecher vorbringen, damit sie nicht verhaftet werden und möglichst kurze Zeit im Kittchen verbringen, wie es ab 1983 mehrmals geschah. Die Politiker werden sich andere Postulate einfallen lassen müssen, sonst werden sie bei Wahlen weggefegt werden.

Polemik um einen Schelm aus Deutschland

Von der Presse zum jugendlichen Schwerverbrecher aufgebaut

In diesen Tagen bewegt die Republik der Fall eines gerade 14 Jahre alten Jungen aus Darmstadt, der systematisch zum „jugendlichen Schwerverbrecher“ hochgehobelt wurde. Dieser Christopher Giovanni Kurt Monaco, der gemäss einer hiesigen Tageszeitung denkt, „stehlen ist cool, es macht Spass“, soll jetzt auf Wunsch des Aussenministeriums mit seinem Erzieher so schnell als möglich das Land verlassen. Allem Anschein nach ist der Junge eine ungeheure Gefährdung für die öffentlichen Sicherheit und Monaco allein für alle, die in den letzten Wochen von Minderjährigen begangenen Verbrechen verantwortlich.

Tatsächlich, und die besagte Tageszeitung verkündet dies sichtlich mit grossem Genuss, hat der Bube in Deutschland 170 Straftaten auf dem Gewissen. Allerdings wären diese in hiesigen Tageszeitungen keine Meldung wert sein.

Monaco, der im Rahmen eines Resozialisierungsprogramms mit einem Begleiter, dem 33jährigen Sozialhelfer Christian Manfred Scholz, der vorher bei der Bundeswehr tätig war, nach Argentinien kam, ist im bonaerenser Olavaria untergebracht. Dort arbeitet er, wenn er nicht mit seinem Be-

treuer gerade eine Reise macht, in einer Tischlerei, die dem Sohn eines Deutschen gehört und seit 1990 als Therapiezentrum für derartige schwergefährdete Jugendliche aus zerstörten Familien (Monacos Vater verliess die Familie, die Mutter ist Alkoholikerin und Prostituierte) dient. Mit gutem Erfolg, wie der 39jährige Tischler Walter Hartmann sagt. Eine grosse Rolle spielt dabei die fremdsprachige Umgebung, die die Jungen zwingt, sich eng an die ihre Sprache sprechenden Personen anzuschliessen. Entgegengesetzt zu der Auffassung eines Einheimischen, er wolle straffällig werden, um auch gratis herumfahren zu können, sieht Monacos Begleiter die Sache wesentlich ernster. Das gute seien die Entfernungen, so Scholz, da könne man 400 Kilometer in Patagonien herumfahren, ohne dass es eine Unterbrechung der Kommunikation gebe und dies erleichtere die Annäherung. Diese sei Grundlage der Resozialisierung. Gleichzeitig stellt Scholz auch die rhetorische Frage, was man hier mit jugendlichen Straftätern mache, wohl wissend, dass da wenig oder garnichts geschieht. Gemäss Scholz kostet das sechs Monate dauernde Programm 40.000 Dollar und ist in 80 Prozent der Fälle erfolgreich.

In der Hauptstadt geht die Angst um

Regierung will Politik der harten Hand / Kritik an Kodex

Eine Umfrage hat ergeben, dass die grösste Sorge der Bürger der Hauptstadt die fehlende Sicherheit ist. Diese Auffassung stützt die offiziellen Bestrebungen, eine Politik der harten Hand zur Bekämpfung der Kriminalität zu fördern. Gleichzeitig aber wird scharfe Kritik an dem Zusammenlebenskodex der Stadtlegislative (Código de Convivencia Urbana) geübt, nach dessen Verabschiedung die Polizeiedikte ihre Geltung verloren.

Die von dem Institut Manuel Mora y Araujo zwischen dem 2. und 5. September angestellte Umfrage besagt, dass 77 Prozent der Befragten glaubt, dass das hauptsächlichste Problem der Stadt die Unsicherheit ist. Nicht weniger als 92 Prozent aber sind der Ansicht, dass die Zahl der

Straftaten im vergangenen Jahr zugenommen hat. Unter den häufigsten strafbaren Handlungen nennen 67 Prozent die Räubereien auf der Strasse, 54 Prozent die bewaffneten Raubüberfälle und 30 Prozent die Diebstähle in Wohnungen.

Alle Befragten haben vom Zusammenlebenskodex gehört und die grosse Mehrheit, nämlich 68 Prozent, bringen ihn in Verbindung mit den Transvestiten. Nur sieben Prozent erwähnen die Abschaffung der Polizeiedikte, während 52 Prozent keinen positiven Gesichtspunkt der Norm nennen können. Eindeutig ist die allgemeine Sorge angesichts des sprunghaften Anstieges der Kriminalität in der Stadt.

Daneben aber passt das Er-

gebnis der Umfrage in die Strategie der Regierung hinein, über den Chef der Stadtregierung, den Radikalen Fernando de la Rúa herzuführen.

Die Angriffe auf den Stadtchef geschehen auf zwei Ebenen: Infragestellung des Zusammenlebenskodex, der nach Lesart der Regierung der Polizei die Mittel zur Verbrechensverhütung wegnimmt und andererseits de la Rúa die Verantwortlichkeit für die hinausgezögerte Überführung der Bundespolizei an die Stadtregierung zuzuschreiben.

Die Untersuchung des Instituts stellt auch fest, dass 36 Prozent der Bürger der Auffassung sind, der Zusammenlebenskodex gewähre ihnen keinen Schutz, während 20 Prozent meinen, er gewähre ihnen wenig Schutz. Angesichts der Zahlen ging Präsident Carlos Menem unmittelbar auf Konfrontationskurs zur Opposition. Gegenüber einer Tageszeitung der Hauptstadt erklärte er: „Der Zusammenlebenskodex, den die Regierung der Allianz in der Stadt verabschiedete, ist ein regelrechter Schmarren.“ Die Unsicherheit, die unterdessen zur täglichen Realität geworden ist, eröffnet die Debatte darüber, wie ihr zu begegnen sei und auch über das Thema der politischen Verantwortlichkeit. Im Stadtbezirk gibt es zwei Regierungen, die des Landes und die der Stadt, beide unter verschiedenen Vorzeichen und ein Jahr vor einem Präsidentenwechsel. Die Bundespolizei steht da im Auge des Taifuns. Sie untersteht dem Innenminister Carlos Corach, doch soll sie in einem Territorium handeln, das der Radikale Fernando de la Rúa regiert.

Die Stadtverfassung setzt den Ablauf der Gültigkeit der Polizeiedikte fest, die Grund für viele Strafanzeigen wegen Polizeiübergriffen waren. An deren Stelle trat dann der Zusammenlebenskodex. Seit seiner Verabschiedung durch die Stadtlegislative ist er Motiv für eine tiefgehende Antipathie der Bundespolizei. Die Eskalation der Straftaten gab am Ende der Bundespolizei die nötigen Argumente für die Forderung nach seiner Reform und im Gleichklang mit dem Tenor der Nationalregierung.

Die Umfrage von Mora y Araujo könnte als Hinweis dafür dienen, dass die Warnrufe von Bundespolizei und Nationalregierung in einem bedeutenden Sektor der Bevölkerung ein Echo gefunden haben. Demzufolge glauben 69 Prozent, dass der Kodex geändert werden müsste und 50 Prozent der Befragten versichern, wenn die Polizei mehr Macht hätte, wäre sie auch wirkungsvoller. Allem Anschein nach hat die Kriminalitätswelle die Bürger der Stadt zu konservativeren Auffassungen gebracht. 61 Prozent der Befragten erklärten nämlich, der Kodex sei vorteilhafter für die Minderheiten als für die Bürger, während 58 Prozent meinten, die Stadtlegislative berücksichtige mehr die Meinung der Minderheiten. 56 Prozent aber drückten ihre Besorgnisse und Ängste in drastischer Form aus. Sie unterstrichen, dass mit der Einschränkung der Präventivmassnahmen der Polizei die Zunahme der Prostitution, der Rauschgiftsucht und die Zunahme der strafbaren Handlungen begünstigt worden sei.

LAVAropas
KOH-I-NOOR
ENTRA EN SU CASA

40 cm.
DE ANCHO

Importa API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011. Fax: 730-0800

SERVICIOS
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

DIE WOCHEN IN ARGENTINIEN

Senatoren

Der Senat verabschiedete eine Vorlage des Radikalen Mario Losada für eine Erklärung, in der dem Beschluss der UN-Menschenrechtskommission zugestimmt wird, die Sanktionen und Verurteilungen Kubas wegen Verletzung der Menschenrechte abzulehnen. In der Begründung der Vorlage wird daran erinnert, dass beim letzten Treffen der Kommission Argentinien für die Aufrechterhaltung der Verurteilung eingetreten sei.

Panamericana in Internet

Ab diesem Monat hat das Unternehmen Autopistas del Sol, Konzessionär des Acceso Norte und der Avenida General Paz, eine Seite in Internet, bei der Informationen über Dienstleistungen auf beiden Strecken eingeholt werden können. Dazu gehören Rufnummern für Notfälle, Abschleppwagen und Kontenstand für den PASE-Dienst (Automatische Zahlung ohne Warten).

Saá wird Senator

Der Gouverneur von San

Luis, Adolfo Rodríguez Saá, wird ab 10. Dezember Nationalsenator für seine Provinz. Sein Bruder Alberto, Vorsitzender des Partido Unión y Libertad (PUL), wird dann zum Senator-Ersatzmann ernannt. Die Provinzregierung wird dann von dem derzeitigen Vizegouverneur Mario Raúl Merlo übernommen werden.

Barrikaden-Samid

Der Ex-Präsidentenberater und Schlachthausbesitzer Alberto Samid, der ernste Probleme mit der DGI hat, führte am Montag einen aussergewöhnlichen Protest gegen die Einfuhr von Fleisch durch. Er stellte am Obelisk einen Tisch und einen Stuhl auf, und stellte dort heimische Produkte aus. Krönung seiner Aktion war die Aufstellung einer Kuh aus Pappkarton.

Diätensenkung

Die Stadträte von Córdoba haben am Dienstag einer Senkung ihrer Diäten um 20 Prozent zugestimmt, die derzeit 9.000 Pesos monatlich betragen. Der Ent-

schluss beruht auf der Polemik, die nach der Veröffentlichung der Diätenhöhe entstand. Die Stadt wird durch die Massnahme monatlich 120.000 Pesos einsparen, die gemeinnützigen Einrichtungen zugute kommen sollen.

Blumen für Cabildo

Zum ersten Mal wird die Fassade des Cabildo in Buenos Aires mit Blumen und Grün geschmückt werden. Dies wird nach Ankündigung von Telmo Hisaki, Präsident der Fiesta Nacional de la Flor, am 21. September geschehen. Das Blumenfest findet in diesem Jahr vom 25. September bis 12. Oktober im bonaerenser Escobar statt. Höhepunkte sind die Vorstellung der ersten Rose ohne Dornen und der Besuch des japanischen Kronprinzen Akishino am 1. Oktober.

Bergsteigerstolz

Zwei Bergsteiger aus Mendoza, die sich an einer Himalayaexpedition beteiligten, haben den 7.756 Meter hohen Gipfel Kamet an der indisch-tibetanischen Grenze bestiegen. Die Andinismus und Bergsteigervereinigung Mendoza hat in diesem Zusammenhang der Presse mitgeteilt, dass es sich dabei um Gerardo Castillo und Fernando Molina handelt. Der Kamet steht in der internationalen Rangliste der Berge an 23. Stelle.

Meningitis

Elf Meningitiserkrankungen wurden in den letzten Tagen in Córdoba registriert, von denen zwei tödlich verliefen. Wie aus dem Gesundheitsministerium der Provinz verlautete, handelte es sich in beiden Fällen um Frauen im Alter von 60 Jahren. Die Behörden sehen keinen Anlass zur Sorge, da es sich um die für diese Jahreszeit übliche Zahl von Erkrankungen handelt.

Córdoba-Wahl

Gouverneur Ramón Mestre unterzeichnete am Mittwoch das Dekret, in dem zu Gouverneurs- und Vizewahlen am 20. Dezember aufgerufen wird. Diese Wahl ist die Premiere für den Wahlkalendar, der mit der Präsidentschaftswahl im Oktober des kommenden Jahres ausläuft.

Mestres Kandidatur ist bisher noch nicht bestätigt, da die Verhandlungen zur Erreichung einer Einigung darüber noch nicht abgeschlossen sind.

Heisses San Martín

In der bonaerenser Gemeinde San Martín geht der Schlagabtausch weiter. Am Mittwoch wurde der PJ-Gemeinderat Pablo Gandolfi, der Interimbürgermeister werden sollte, von den Anhängern des abgesägten Bürgermeisters Antonio Libonati mit Gewalt aus dem Rathaus vertrieben. Libonati hat unterdessen öffentlich erklärt, er werde im Amt bleiben, bis der bonaerenser Oberste Gerichtshof sich definitiv zu der Angelegenheit äussere.

20 Tage mehr Schule

Der Unterrichtsminister von Tucumán prüft die Möglichkeit, das Schuljahr in diesem Jahr um 20 Tage zu verlängern. Damit sollen die durch Lehrerstreiks und Schüleraktivitäten verlorenen Schultage nachgeholt werden. In der Provinz streiken derzeit wieder die Lehrer wegen der Verzögerung in der Zahlung der Gehälter und der Ankündigung, die Augustgehälter mit vordatierten Schecks zu bezahlen.

Politische Regierungsoffensive Sicherheit ein Thema für Abgeordnete

Die Regierung hat ihre politische Offensive angesichts der Besorgnis der Bürger wegen der steigenden Unsicherheit in Buenos Aires in den Kongress gelenkt. Im Abgeordnetenhaus kündigte die Regierungspartei am Mittwoch eine Serie von Gesetzesvorlagen an, die innerhalb kürzester Zeit behandelt werden sollen. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen der Strategie von Präsident Carlos Menem, die in der Idee gipfelt, mit „harter Hand“ gegen die Kriminalität vorzugehen. „Es ist das erste Mal, dass wir zur Offensive übergehen können“, erklärte in diesem Zusammenhang der Sekretär für Innere Sicherheit, Miguel Angel Toma. Es war am Ende eines Treffens mit der justizialistischen Fraktion, an der auch Jorge Matzkin teilgenommen hatte. Toma zeigte sich nach dem Treffen sehr zufrieden, obwohl kaum 40 Abgeordnete einer Fraktion erschienen waren, die dreimal so viele auf die Beine bringen könnte. Politische Lorbeeren bedeutet für Toma die Tatsache, dass sowohl der Radikale Fernando de la Rúa, der Chef der Stadtregierung, und Graciela Fernández Meijide vom Frepaso jetzt hinsichtlich Sicherheit zu ähnlichen Ergebnissen kommen wie die Regierung. Kurz zuvor begründete der Präsident der Abgeordnetenkammer, Alberto Pierrri, in einer Pressekonferenz seinen Vorschlag, die Strafmündigkeit zu senken. Die Initiative steht, so wie alle anderen des Massnahmenpakets, in der Regierungspartei selbst im Kreuzfeuer der Kritik. So lehnt zum Beispiel die Abgeordnete Chiche Duhalde, Frau des Gouverneurs und politischen Chefs des Distriktes, die Vorschläge Pierrris von vornherein ab. Die Regierung hat angekündigt, dass sie umgehend dem Kongress eine Gesetzesvorlage über innere Sicherheit und eine weitere über Einwanderung einreichen werde.

Häftlinge in leere Fabriken

Mangels ausreichender Gefängniszellen sind die bonaerenser Justizbehörden jetzt auf der Suche nach leerstehenden Lagerhäusern und Fabrikgebäuden, wo sie die Häftlinge einsperren können. „Wir haben keinen Platz, wo wir die Gefangenen unterbringen können“, sagte am Dienstag der Sicherheitschef der Provinz Buenos Aires, Leon Arslanian. In den Gefängnissen der Provinz saßen bereits 12.500 Häftlinge, und in den Zellen der Polizeikommissariate seien zusätzlich 3900 Verdächtige und verurteilte Straftäter. Bis zur Fertigstellung von Gefängnisneubauten müsse die Justiz deshalb auf leerstehende Fabrikhallen ausweichen. Die Opposition kritisierte die Pläne scharf, da diese Gebäude nicht sicher genug seien.

Menems Forderung nach Souveränität

Malwinen Thema bei London-Besuch / Gespräch mit Lord Tristan Garell

Präsident Carlos Menem besteht darauf, der britischen Regierung im Rahmen seines London-Besuches Ende Oktober seine Forderung der Souveränität über die Malwinen zu unterbreiten. Menem bestätigte die Position der argentinischen Regierung hinsichtlich der Inselgruppe am Montag bei einem Gespräch mit dem ehemaligen britischen Vizeausenminister Tristan Garell Jones, das weniger als zwei Monate vor seiner Grossbritannienreise stattfand.

Es ist der erste Besuch eines argentinischen Präsidenten nach dem Krieg im Südatlantik im Jahre 1982. Nach diesem Konflikt rund um die Souveränität über die Malwinen, der die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern für fast acht Jahre unterbrach, wird Menem nun zwischen dem 27. Oktober und dem 2. November London einen offiziellen Besuch abstatten.

Wie aus argentinischen und britischen diplomatischen Kreisen verlautet, ist die Souveränität in den Gesprächen Menems mit dem britischen Premierminister kein Thema, obwohl Menem immer wieder betont hat, man könne zumindest über eine „gemeinsam ausgeübte Souveränität“ sprechen.

„Argentinien hält seine Forderung in bezug auf die Malwinen-

Souveränität aufrecht“, versicherte der Generalsekretär des Präsidialamtes, Alberto Kohan, der als Sprecher des Treffens zwischen Menem und dem Ex-Funktionär des Foreign Office auftrat. Kohan räumte ein, dass man über das Thema Malwinen gesprochen und eine Sicht der historischen Beziehungen zwischen Argentinien und Grossbritannien angestellt habe. Auch die Bedeutung von Menems Besuch in London, so Kohan, sei hervorgehoben worden. Unter den Themen die in London auf der Tagesordnung stehen werden, sind die Investitionen britischer Unternehmer in Argentinien, die privatisierten argentinischen Unternehmen, an denen britisches Kapital beteiligt ist, sowie Erdöl- und Fischfang im Bereich der Malwinen.

„Wir könnten etwa auch über eine „gemeinsam ausgeübte Souveränität“ sprechen, vielleicht mit der englischen Fahne oder mit der eines neutralen Landes, wenn wir von Neutralität zwischen zwei Ländern sprechen können, die sich nicht im Krieg befinden“, hatte Menem im Dezember erklärt.

Eine derartige Souveränität zur Lösung der Malwinen-Frage wurde allerdings von den Sprechern des britischen Ausenministeriums bei wiederholten Anlässen ausdrücklich abgelehnt.

Bankett zur Arbeitsreform im Nordpark

CGT, PJ-Abgeordnete und Senatoren feiern Verabschiedung des Gesetzes

Zuerst wurden Gläser zur Feier der eben erfolgten Verabschiedung der Arbeitsreform angestossen. Danach stimmte man in der Abstekung einer Parallele zwischen Justizialismus und dem „dritten Weg“ überein, der in Europa von dem Briten Tony Blair und dem Franzosen Lionel Jospin eingeschlagen wurde. Am Ende verabschiedeten sie sich mit dem Versprechen, neue Gesetzesprojekte vorzulegen, die in die „Ära der sozialen Diskussion“ passen.

Dies waren die einzelnen Akte des Schauspiels, sprich Banketts, mit dem die CGT die Fraktionen des PJ im Abgeordnetenhaus und im Senat am Dienstag im Nordpark bewirtete.

Zuvor hatte am selben Ort und in Anwesenheit von Arbeitsminister Erman González eine Vollversammlung der Generalsekretäre stattgefunden, die ihr Einverständnis für die Amtsausübung der von Rodolfo Daer geführten Zentrale erklärte.

„Die Verabschiedung des Gesetzes (Arbeitsreform) war trotz des Establishments, der Gruppe der 8, der Unión Industrial Argentina, des

Weltwährungsfonds, Mario Grondona, der Allianz, der Fundamentalisten des Marktes, Héctor Recalde (Anwalt des antimenemistischen MTA) und der ewigen Dummköpfe möglich“, erklärte die CGT in einem Kommuniqué hinsichtlich des Projektes der Flexibilität, das vor zwei Wochen verabschiedet wurde und auf das sich Regierung und die ihr treuen Gewerkschaften im Mai 1997 geeinigt hatten.

Die Senatoren Eduardo Menem und Antonio Cafiero, der Fraktionschef der PJ-Abgeordneten, Humberto Roggero und die aus den Gewerkschaften kommenden Gesetzgeber zeigten sich als die umworbendsten Teilnehmer an dem Agape, dessen Hauptgang ein Lomo mit Champignons war. Zwischen Fleisch und Nachtsch versprachen die Abgeordneten und Senatoren die den Gewerkschaftern am Herzen liegenden Projekte zu unterstützen. Dazu gehört eine Steigerung des Mindestgehaltes, Korrektur des Arbeitsunfallgesetzes und eine Garantie, dass die privaten Krankenversicherer den gewerkschaftlichen Sozialwerken keine Konkurrenz machen dürfen.

Begnadigungs-Versionen

Mit unterschiedlichen Begründungen wären sowohl der Ex-Guerillero-Boss Enrique Gorriarán Merlo als auch der Ex-Oberst und Carapintadachef Mohamed Alí Seineldín mit ihrer Entlassung mittels einer Begnadigung durch Präsident Carlos Menem einverstanden. Seit Sonntag sind Gerüchte im Umlauf, die von einer solchen Möglichkeit wissen wollen. Die Anwältin von Gorriarán Merlo, Marta Fernández, hat gegenüber der Presse erklärt, dass ihr Mandant eine Begnadigung akzeptieren würde. Bedingung sei jedoch, dass auch die 22 für den Überfall auf das Regiment von La Tablada am 23. Januar 1989 Verurteilten begnadigt werden. Seineldín aber, für die Militärrebellion vom 3. Dezember 1990 zu einer Haft von unbestimmter Dauer verurteilt, erklärte, vom Standpunkt der Moral aus müsse er eine Begnadigung ablehnen. Er würde jedoch einer Entlassungsanordnung Folge leisten, sagte der Ex-Oberst. „Ich habe bereits einen Begnadigungsantrag an Präsident Carlos Me-

nem für meine ehemaligen Untergebenen gestellt, nicht für mich. Wenn eine Begnadigung erfolgt, kann ich nichts dagegen tun, darum gebeten habe ich nicht“, versicherte Seineldín in einem Radio-interview. Das Thema eines neuen Präsidentendekrets, durch das der Ex-Oberst und der Ex-Guerillero auf freien Fuss kommen sollen, wurde durch die eine Tageszeitung aufs Tapet gebracht. Demnach soll Menem diese Möglichkeit als eine Strategie prüfen, mit der die Aufmerksamkeit von den Skandalen abgelenkt werden soll, von der die Regierung derzeit geschüttelt wird. Ein anderes Motiv wäre, so verlautet, dass Menem aus „persönlichen Gründen“ sein zweites Mandat nicht mit dem abschliessen will, was seiner Ansicht nach „politische Gefangene“ sind. So wurde jetzt auch bekannt, dass ein menemistischer Abgeordneter am Samstag der vergangenen Woche im Gefängnis von Devoto mit dem MTP-Boss Gorriarán Merlo sprach.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Ein Budget in Krisenzeiten

Unmittelbar nach der schlimmsten Börsenbaisse der Vorwoche reichte Wirtschaftsminister Roque Fernández am 14. September termingerecht das Gesetzesprojekt über den Haushalt für 1999 in der Deputiertenkammer ein. Wie alljährlich begleiten den Finanzhaushalt grundlegende makroökonomische Indikatoren, auf deren Basis die Zahlen aufgebaut worden sind. Wie erinnerlich, bestimmt der Haushalt nur die Ausgaben, soweit sie kontrollierbar sind, wogegen die Einnahmen reine Schätzungen sind. In der Folge ist der Fehlbetrag ebenfalls eine Schätzung, die jedoch das Schatzamt als Richtschnur bemüht, damit das Defizit auch bei fallenden Einnahmen nicht überschritten wird.

Makroökonomische Indikatoren

Das makroökonomische Umfeld bezieht sich auf Indikatoren, die bis Mitte 1998 bekannt sind und für das zweite Halbjahr dieses Jahres sowie für die drei folgenden Jahre 1999, 2000 und 2001 reine Schätzungen sind,

vielfach eigentlich Vermutungen, weil niemand wissen kann, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird.

Die Makroökonomie geht von einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von \$ 338,6 Mrd. für 1998 aus, bei dem zu laufenden Preisen angenommen wird, dass sich ein Wachstum von 5,3% einstellt. Im Vorjahr hatte die gleiche Wirtschaftsführung noch ein BIP-Wachstum für 1998 von 5,8% eingeplant, das im Zeichen der obwaltenden Finanzkrise um ein halbes Prozent heruntergeschätzt worden ist.

Im ersten Quartal 1998 betrug das BIP-Wachstum noch robuste 7,2% (erste Schätzung 6,9%), im zwei Quartal ebenfalls kräftige 6,9% (erste Schätzung 5,2%), im Durchschnitt des Halbjahres 7,1%. Im zweiten Halbjahr wird eine deutliche Abkühlung der Konjunktur vorweggenommen, damit ein Jahreswachstum von 5,3% heraussschaut. Hier färbt die Zinshausse ab, die aus dem Ausland nach den Krisen in Asien, Russland und Brasilien die Preise der Staatsbonds fühlbar gesenkt hat und in der Folge die

Länderrisikoprämie im Vergleich zu US-Treasuries zeitweise brutal von etwa 200 auf 1.250 Basispunkte angehoben hat. Diese Zinshausse hat bereits die Kreditkosten für lokale Unternehmen stark verteuert, gegebenenfalls sogar verdoppelt, während sich Grossunternehmen bei lokalen Banken refinanzieren, weil der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten verschlossen ist.

Für 1999 nimmt die Wirtschaftsführung ein BIP-Wachstum von 4,8% an, so dass das BIP auf \$ 360,9 Mrd. klettert. In den beiden folgenden Jahren soll das BIP-Wachstum bei je 5% liegen, womit das BIP auf \$ 387 Mrd. bzw. \$ 415 Mrd. steigen würde. Das sind freilich reine Vermutungen. Ein BIP-Wachstum von 4,8% für 1999 setzt voraus,

dass die Konjunkturflaute etwa im zweiten Quartal ausläuft und nachher wieder das robuste Wachstum einsetzt, das die argentinische Wirtschaft ab zweitem Quartal 1996 gekennzeichnet hat und bei nahezu 8% im Durchschnitt der zwei Jahre und einem Quartal lag. Auf jeden Fall wird keine Rezession mit BIP-Rückgang eingeplant. Die Konjunkturflaute bezieht sich hauptsächlich auf zinsbezogene Branchen wie Hypotheken, Elektronik, Kraftfahrzeuge und Haushaltsgüter sowie ihre Lieferanten. Der Konsum von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs wächst unverändert, ebenso der Tourismus, der die Konjunktur ankurbelt.

Der Konsum soll nach den makroökonomischen Berechnun-

Randglossen

Seit die Zeitung „La Nación“ den Besuch des Menem-treuen Deputierten César Arias beim Terroristenchef Haroldo Gorriarán Merlo im Gefängnis als eine Vorbereitung für dessen Begnadigung auslegte, geistert dieses Thema in der Landespolitik herum. Arias hat inzwischen dementiert, dass er sich um die Begnadigung des letzten Terroristenchefs kümmere. Er habe mit diesem über andere Fragen verhandelt, als ob ein Parlamentarier sich Rat bei einem notorischen Mörder suchen muss, um Gesetzestexte vorzubereiten. Auch im Justizministerium, das in Sachen Begnadigungen von Verbrechern als Ressort führt, hat man solche Absichten verneint. Go-rriarán Merlo bleibt im Kittchen, konnte sich aber im Publizitätserfolg sonnen, nachdem ihn Mariano Grondona im Fernsehen vorstellte, wo man lieber andere Gestalten sähe als notorische Massenmörder.

Die Parlamentsdebatte über die Besteuerung der Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge zwecks Aufbesserung der Lehrergehälter treibt immer neue Blüten. Experten sind sich einig, dass der gewünschte Ertrag von 700 Millionen Pesos im Jahr bestenfalls zur Hälfte eingetrieben werden kann. Das Schatzamt weigert sich standhaft, die Steuerzahler im allgemeinen kraft Garantie für die Differenz aufkommen zu lassen, die auch nicht im Haushalt vorgemerkt ist. So fällt es einigen Senatoren ein, gegebenenfalls die Gewinne der Erdölkonzerne zu besteuern, die Tabaksteuern anzuheben, das Dieselöl zu belasten oder andere Steuerobjekte ausfindig zu machen, die ausgequetscht werden könnten. Dabei ist das gesamte Gerangel deutlich verfassungswidrig, weil Unterricht und Erziehung Sache der Gliedstaaten und nicht der Nationalregierung ist. Die Lehrgewerkschaft hatte mit dem Zelt vor dem Kongress das Thema wieder zentralisiert. Gewerkschaften denken und handeln stets unitaristisch, niemals föderal.

Schwarzarbeit in Bahía Blanca

Wie jetzt bekannt wurde, arbeiten mehr als die Hälfte der Lastwagenchauffeure im bonaerenser Bahía Blanca schwarz. In vielen Fällen werden die Chauffeure von „Geisterfirmen“ beschäftigt, das heisst nicht existierenden Phantasiefirmen, die sich jeder legalen Kontrolle entziehen. Gemäss der Gewerkschaftszentrale CGT sind rund 40 Prozent der Arbeitnehmer in dieser im Süden der Provinz Buenos Aires gelegenen Stadt am Gesetz vorbei beschäftigt, also Schwarzarbeiter. Allerdings soll die Zahl in Übereinstimmung mit anderen offiziellen Unterlagen noch wesentlich höher sein. Die Gewerkschaft der Lastwagenchauffeure beklagte in diesem Zusammenhang die Existenz von „Abenteurern, bekannt als Vergeber von Ladungen, die mit einem Telefon, einem Schreibtisch und zwei Stühlen ein Büro eröffnen, und dann Lastwagenchauffeure ohne Berücksichtigung von Tarifverträgen und Arbeitsgesetzen anstellen“. Der Generalsekretär der Gewerkschaft, Francisco Gastañaga, wies darauf hin, dass heutzutage jeder ein Transportunternehmen ohne Chauffeure aufmachen könne. Gleichzeitig schlug Gastañaga vor, dass jeder Transportunternehmer nach dem Gesetz für die Hälfte der von ihm beschäftigten Chauffeure auch Fahrzeuge haben müsse. Im Rahmen einer kürzlich durchgeführten Kontrolle an der Nationalstrasse 3 wurden von Beamten des Provinztransportsekretariats 400 Lastwagen überprüft. 240 der kontrollierten Chauffeure erhielten ihre Bezahlung nicht mit einem legalen Gehaltszettel. Bei anderen Kontrollen durch das nationale Arbeitsministerium aber wurde festgestellt, dass sogar rund 60 Prozent der überprüften Chauffeure Schwarzarbeiter waren. Als einzige Ahndung sehen die Provinzgesetze die Zahlung einer Geldstrafe vor. Der Gewerkschaft ist das zu wenig. „Die zahlen und beschäftigen weiter schwarz“, sagt Gastañaga.

e-mail im Argentinischen Tageblatt Die neuen Adressen

e-mail:

info@tageblatt.com.ar

Internet:

www.tageblatt.com.ar

gen der Wirtschaftsführung 1999 mit 4,0% weniger als das BIP wachsen, ebenso in den nachfolgenden Jahren mit 4,1% bzw. 4,7%, so dass keine Seifenblasen überschäumendem Konsums mit gefährlichem Ausgang in Aussicht stehen. Die Investitionen werden weiterhin als kräftige Träger des BIP-Wachstums vorgestellt, indem sie 1998 mit Zunahmen von 13,5%, 1999 mit 10,1%, 2000 mit 8,8% und 2001 mit 8,3% zu Buche stehen. Offenbar rechnet die Regierung damit, dass in den kommenden Jahren jeweils etwas weniger Investitionszuwachs herauschaut, so dass die Ersparnisse aus dem Ausland entsprechend weniger herangezogen werden müssen, um die Investitionen zu finanzieren. Das entspricht durchaus einer Wirtschaft, die sich dank Stabilität zusehends konsolidiert.

Beim Aussenhandel wird angenommen, dass die Exporte 1998 9,8% und die Importe 12,4% wachsen, welche Zahlen sich 1999 mit 10,0% bzw. 10,4% fast ausgleichen, damit 2000 mit 10,1% Exportzunahme mehr als die Importe mit 9,4% verzeichnet werden, ebenso 2001 mit 9,8% bzw. 8,7%. Hier dürfte ein Erlahmen der gewaltigen Maschinenimporte in Aussicht stehen, die die gesamten Einfuhren seit mehreren Jahren beflügeln und das Handelsbilanzdefizit bestimmen.

Staatsfinanzen und Defizit

Die entscheidende Kennzahl des Haushalts sind die sogenannten Primärausgaben ohne den Zinsendienst. Vor mehreren Wochen hatte Präsident Menem diese Ausgaben bei \$ 41,6 Mrd. für 1998 und 1999 eingefroren, nachdem eine Kürzung von etwa \$ 1,0 Mrd. verfügt worden war. Hierin liegt eine Fiskalhärte verborgen, die sicherlich bemerkenswert ist, zudem in Hinblick auf die zusätzlichen Ausgabenwünsche aller Ministerien, die „La Nación“ nach einer Schatzamtquelle auf rund \$ 20 Mrd. bezifferte, also nahezu die Hälfte der Primärausgaben. Diese Wünsche wurden durchweg abgelehnt, damit der Haushalt innerhalb des bereits im Vorjahr angegebenen Defizits von \$ 2,65 Mrd. für 1999 gegen \$ 3,5 Mrd. für 1998 gehalten werden könne, wie es mit dem Internationalen Währungsfonds im Rahmen des dreijährigen Beistandsab-

kommens im Februar 1998 verbrieft worden ist. Der Fehlbetrag soll 2000 auf knapp über \$ 1,0 Mrd. fallen und 2001 fast verschwinden.

Die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand mit Provinzen und Gemeinden wurden im

Haushaltsentwurf nicht angegeben. Eine Schätzung der Ausgaben der öffentlichen Hand (Nation, Provinzen und Gemeinden) ergibt folgende annähernde Zahlen, wobei die Gemeindeausgaben auf Zahlen für 1996 beruhen:

Die Ausgaben der öffentlichen Hand

	1998	1999
	—\$ Mrd.—	
1. Nationalregierung		
Primärausgaben	41,6	41,6
+ Zinsen	6,6	7,6
Gesamtausgaben	48,2	49,3
Minus Transfers an Provinzen.....	5,1	5,1
Nationale Nettoausgaben	43,1	44,2
2. Provinzausgaben	32,0	33,0
Minus Transfers an Gemeinden	3,5	3,5
Provinzielle Nettoausgaben	28,5	29,5
3. Gemeindeausgaben	7,0	7,0
4. Öffentliche Hand (1+2+3)	78,6	80,7

Die gesamten Nettoausgaben der öffentlichen Hand, abzüglich der Transfers an Provinzen und Gemeinden, werden somit für 1998 auf \$ 78,6 Mrd. und für 1999 auf \$ 80,7 Mrd. geschätzt. Das entspricht, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt beider Jahre, eine Staatsquote von 23,2% für 1998 und 22,3% für 1999. Dass letztere Staatsquote trotz höherer Staatsausgaben geringer ist, beruht auf dem angenommenen BIP-Wachstum von 4,8% für 1999. Diese Staatsquoten vergleichen sich vorteilhaft mit denen Europas, die mindestens 20 Prozentpunkte höher und der USA mit etwa einem Dutzend Prozentpunkten mehr sind. Argentinien ist in Sachen Staatsquote noch kein entwickeltes Land, das hohe Sozialleistungen verteilt und bei produktiverer Wirtschaftsleistung fühlbar höhere Löhne bezahlt.

Unterdessen sind Bestrebungen im Kongress unterwegs, nach denen die Ausgaben des Nationalstaates nicht zunehmen sollen, abgesehen von Krisenszenarien und einem möglichen Defizit von 2% des BIP zuhanden von Staatsinvestitionen.

Dass der Zinsendienst von \$ 6,6 Mrd. 1998 auf \$ 7,6 Mrd. 1999 um nahezu \$ 1,0 Mrd. zunimmt, beruht auf den auslaufenden Schuldpapieren, die den Gläubigern mit relativ niedrigen Zinsen aufgebremmt worden waren und bei der Refinanzierung durch teurere Plazierungen von Staatsbonds ersetzt werden, wobei auch die Karenzperioden am Ende sind, so dass deren Zinsen nicht mehr kapitalisiert werden

wie bisher, sondern bezahlt werden müssen.

Auf der Einnahmenseite des Haushalts schätzt die Wirtschaftsführung, dass die laufenden Einnahmen (Steuern, Zölle, Gebühren, Sozialbeiträge und andere) von \$ 42,8 Mrd. 1998 auf \$ 44,7% 1999 um 4,3% zunehmen, doppelt so viel wie die Gesamtausgaben von 2,1%. Hierbei fällt auf, dass die Steuererträge um 6,3% wachsen sollen und die Sozialbeiträge kaum um 0,6%. Im Vorjahr war für 1998 ein Steuerzuwachs von 9% geplant worden, der jedoch trotz BIP-Wachstum nicht eintrat.

Hinter diesen erwarteten Zunahmen der Steuern und Sozialbeiträge steckt die Annahme, dass die Steuerhinterziehung 1999 erfolgreicher als bisher bekämpft werden kann. Insbesondere die Sozialbeiträge auf die Lohnsummen müssten vermehrt eingetrieben werden, damit sie in Hinblick auf die angekündigte Senkung bis 10 Prozentpunkte im Verlauf des Jahres 1999 leicht zunehmen können. Das erscheint auf Anhieb recht zweifelhaft, doch bleibt abzuwarten, ob die angekündigte Senkung der Sozialbeiträge auch rechtzeitig eintritt, wenn die Steuer- und Sozialeinnahmen hinter den Erwartungen herhinken, wie es bisher der Fall war. Zudem steht die letzte Version der Steuerreform noch aus, die der Kongress behandelt, so dass nicht abzusehen ist, welche Wirkung sie auf die Einnahmen haben wird. Gegenwärtige diesbezügliche Prognosen erscheinen verwegen.

Die Finanzierung

Das Schatzamt muss sich lau-

fend um die Refinanzierung fälliger Staatsschulden sowie des Defizits kümmern. Für 1998 macht das einen Finanzierungsbedarf von \$ 13 Mrd. aus, der zu etwa 30% im Inland gedeckt wird. Vor zwei Jahren wurde der gesamte Finanzierungsbedarf im Ausland plaziert. Die Privatisierungserlöse stehen 1998 mit geringen Beträgen zu Buche, die zur Schuldentilgung eingesetzt werden.

Für 1999 steigt der Finanzierungsbedarf auf \$ 13,5 Mrd., wovon bis zu 40% gleich \$ 5,4 Mrd. im Inland aufgebracht werden sollen, zumal bei den Rentenkassen AFJP. Von den verbleibenden \$ 8,1 Mrd. könnten Privatisierungserlöse der Restaktien von YPF, des Aktienkapitals der Nationalhypothekenbank und kleinerer Objekte, sofern sie für die Schuldentilgung und nicht für neue Ausgaben eingesetzt werden, möglicherweise bis \$ 3,0 Mrd. einbringen. Würde das Defizit von \$ 2,65 Mrd. abgeschafft werden, dann verblieben etwa \$ 2,5 Mrd., die sicherlich problemlos im Lauf von 1999 im Ausland plaziert werden könnten. Insofern erhöht das Defizit die wirtschaftliche Verwundbarkeit Argentiniens, auf die die Ratingagentur Moody's stets hinweist, wenn sie argentinische Schuldpapiere auf die Beobachtungsliste setzt und Zweifel anmeldet, ob der Staat die Finanzierung der Tilgungen und des Defizits aufbringen kann. Staatsdefizite haben wie die Lügen kurze Beine.

Schatzsekretär und Vizewirtschaftsminister Pablo Guidotti gibt sich neuerdings optimistisch über die Finanzierung der Tilgungen und des Defizits. Nach seiner Rückkehr aus Washington brachte er die frohe Kunde heim, dass die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die japanische Eximbank und die Rentenkassen AFJP bis März 1999 u\$ 5,7 Mrd. bereit stellen werden, womit der Bedarf für ein halbes Jahr gedeckt sei. Ausserdem kann im Extremfall gegen den IWF für u\$ 2,8 Mrd. gezogen werden.

Die Rentenkassen und die japanische Eximbank dürfen Anleihen übernehmen, die für die Tilgungen und das Defizit zweckgebunden werden. Die japanische Staatsbank hat das zur Zeit Wirtschaftsministers Cavallo für u\$ 800 Mio. getan, ohne die Kredite an Lieferungen von japanischen Maschinen zu binden. Die Weltbank und die IDB sind durch

ihre Statuten angehalten, Projekte zu finanzieren, so dass ihre Kredite nicht für das Schatzamt bereit stehen, um dessen Finanzierungsbedarf zwecks Schuldentilgung und Neuverschuldung, lies Defizit, zu decken. Der IWF erlaubt Ziehungen für die Reserven der Zentralbank, nicht für das Schatzamt. Wie dem auch sei, Wirtschaftsminister Roque Fernández gab vorsichtigerweise an, dass diese Kredite erst im Oktober in Washington ausgehandelt werden.

Unterdessen drückt der Finanzschuh in der Staatskasse. Vergangenen Dienstag sah sich das Schatzamt genötigt, 90tägige Schatzscheine, im spanischen Kürzel Letes, von Pesos auf Dollar zu einem besonders hohen Satz von 13,48% per annum zu refinanzieren. In Pesos hätte ein noch höherer Zinssatz herausgeschaut. Das bedeutet etwa eine

10 Überlegungen über die Auswirkung der weltwirtschaftlichen Finanzkrise

Alieto Guadagni, Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau, vermittelt jeden Monat viel Information über die Konjunktur. Im letzten Bericht weist er auf zehn Punkte hin, die die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise von einer anderen Warte beleuchten.

1. Die gesamten Depositen des Bankensystems lagen im August um 0,8% über Juli und um 16,7% höher als zu Beginn der Asienkrise, im September 1997. Die Kredite an den Privatsektor waren im August um 1,7% höher und stiegen seit September um 14,1%. Die ausgezahlten Hypothekarkredite befanden sich im August um 1,5% über Juli und um 29,3% über September des Vorjahres. Die aktiven Zinsen für erstklassige Unternehmen kosteten am 7. September bei 14,6%, also 6 Punkte über dem Satz vor der Krise. Während der Tequila-Krise erreichten die Zinsen 34%.

2. Die Produktion von Kfz war im August um 15,7% über August 1997, die von Stahl um 7,3% und von Aluminium um 3,4% höher, und die Zementlieferungen lagen um 5% über dem Vorjahr. Für 8 Monate 1998 im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Zunahme der Kfz-Produktion bei 16,7%, während der Inlandsabsatz bei Stahl, Aluminium und Zement um 3,2%, 17,3% und 11,4% höher lag. Der Stahlumsatz befand sich im August um 1,6% unter dem

Verdoppelung der Verschuldungskosten für das Schatzamt, auf die offenbar nicht verzichtet werden konnte, um bessere Zeiten abzuwarten. In diesem hohen Zinssatz, den der solventeste Schuldner im Land bezahlen musste, kommen die Folgen der internationalen Finanzkrise für Argentinien zum Ausdruck, die zuerst Südostasien, dann Südkorea, später Hong Kong, danach Japan und Russland sowie neuerdings Brasilien als Krisenszenarien bewirken. Argentinien ist daran unschuldig, weist keine Seifenblasen in der Wirtschaft auf, besitzt prall volle Devisenkassen, deckt mehr als die Hälfte aller Depositen mit Devisen und wächst ohne Inflation 7% per annum. Trotzdem muss man die Zeche bezahlen, weil die Welt finanziell globalisiert ist und Argentinien immer noch den Makel einer trüben Inflationsvergangenheit trägt.

des Vorjahres, wegen höherer Einfuhren. Der Stromkonsum der Industrie lag im August um 11% über dem gleichen Vorjahresmonat, und der von Gas um 6% höher. Der Umsatz der Supermärkte lag im August um 13% über dem Vorjahr und in 8 Monaten um 12% höher.

3. Die Industrieproduktion lag im 7. Monat um 5,6% über der gleichen Vorjahresperiode. Nur China, Mexiko und Frankreich erreichten in der gleichen Periode eine höhere Zunahme. In Japan, Korea, Russland und Thailand nahm die Industrieproduktion ab.

4. Im August wurden 11 neue Betriebe, bzw. Betriebserweiterungen, registriert, mit einer Gesamtinvestition von US\$ 434 Mio. Refinería San Lorenzo hat eine Asphaltanlage und eine Auslieferungsanlage der Raffinerie für US\$ 92 Mio. eröffnet, Danone-Mastellone eine Fabrik für Milchprodukte für US\$ 57 Mio., Sancor eine Fabrik für Pulvermilch für US\$ 40 Mio., Molinos Rio de la Plata eine Teigwarenfabrik mit einer Kapazität von 420.000 Jato, Bodegas Santa Ana hat die Weinkellerei für US\$ 30 Mio. erweitert, Dupont hat die Lycra-Fabrik ausgebaut, YPF hat US\$ 20 Mio. in ein neues Lagerungssystem in Berisso investiert, Kruger hat eine neue Sojaölfabrik für US\$ Mio. in Betrieb genommen. In 8 Monaten 1998 wurden 63 neue Betriebe oder Erweiterun-

gen eingeweiht, mit einer Investition von über US\$ 2 Mrd.

Für die Dreijahresperiode 1998-2000 hat das Studienzentrum des Staatssekretariates für Industrie, Handel und Bergbau Auslandsinvestitionen zwecks Kapazitätserweiterungen für jährlich durchschnittlich US\$ 13,7 Mrd. festgestellt, was 30% über 1997 liegt. Die Investitionspläne werden trotz Krise weitergeführt, mit ganz wenigen Ausnahmen.

5. In 7 Monaten 1998 nahmen die Kapitalgüterimporte um 26% zu, während die anderen Importe nur um 8% stiegen. Die Käufe von Maschinen und Anlagen erklären 53% der Zunahme der Gesamtimporte. Für ganz 1998 wird mit Kapitalgüterimporten von US\$ 16 Mrd. gerechnet, 20% mehr als 1997. Diese Importe machen 45% der Gesamtimporte aus, während es in den 80er Jahren nur 35% waren.

6. In 7 Monaten 1998 nahmen die Importe aus Asien um 36% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode zu. 82% der Zunahme entfällt auf Japan und China. Zwei Drittel der Zunahme der Asienimporte entfallen auf Kapitalgüter und deren Zubehöreile, die rund die Hälfte der Importe aus jener Region ausmachen. Die Konsumgüterimporte erklären nur 16% der Zunahme der Asienimporte. Indessen entfallen 60% der Importe von Schuhen auf diese asiatischen Länder, 54% bei Spielzeugen und 40% der Strickwaren und Kunstfasern.

7. Wären die Weltmarktpreise für Getreide und Ölsaaten, Nebenprodukte der Ölindustrie und Erdöl auf dem gleichen Stand von 1997 geblieben, dann hätten die Exporte um 13% zugenommen. Der Preisrückgang hat Argentinien in 7 Monaten 1998 US\$ 1,5 Mrd. gekostet.

8. 90% der Exportprodukte verzeichnen eine Jahreszunahme von durchschnittlich 7% jährlich, während die verbleibenden 10% einen Rückgang von 18% aufweisen. 1998 nahmen die Exporte in die NAFTA-Staaten und die EU besonders stark zu, während sie in die ASEAN-Staaten und Korea um 50% abnahmen.

9. Die Exporte reiner Industrieprodukte (die keine Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte darstellen) liegen dieses Jahr um 17% über dem Vorjahr, wobei sie 1997 schon 27% zugenommen hatten. Die Exporte ausserhalb des Mercosur nehmen dieses Jahr um 17,8% zu, die nach Mercosur-

Staaten um 16,5%. Bei zahlreichen Industrieprodukten werden jährlich Zunahmen von über 20% ausserhalb des Mercosur festgestellt: Netze für Reifen, besondere Papierarten, Lastwagen für Bohranlagen und Kräne, Telefongeräte, u.s.w.

10. In den ersten 7 Monaten 1998 lag der Gesamtwert der Exporte um 3% über dem Vorjahr. Die Vereinigten Staaten weisen eine ähnliche Zunahme auf, während Mexiko mit 9%, China mit 7%, Brasilien mit 5%, und Neuseeland mit 4% darüber lagen. Hingegen weisen folgende Länder Abnahmen aus: Korea, Hong Kong, Thailand, Indien, Japan, Taiwan, Australien, Malaysia, Singapur, Chile und Venezuela. Für 1998 wird eine physische Exportzunahme Argentiniens von etwa 12% erwartet, doppelt so viel wie die Weltzunahme, von nur 6%.

Nach diesen Angaben blieb Argentinien weitgehend von der Krise in asiatischen Staaten und in Russland verschont, mit einer phänomenalen Eigendynamik. Indessen war die Baisse an der Buenos Aires-Börse besonders stark, vom 20. Oktober 1997 bis zum 10. September 1998 nach einer Aufstellung der Stiftung „Fundación Capital“ sogar höher als in Asien. Bei einem Ausgangsniveau von 100 lag Argentinien im September bei 35,77, Brasilien bei 34,96 und Chile bei 39,64, während Malaysia bei 43,29, Singapur bei 43,31, Thailand bei 40,40, die Philippinen bei 41,74 und Korea bei 40,38% lagen. Die zwei Ausnahmen sind Indonesien mit 19,36 und Hong Kong mit 60,50. Die Vereinigten Staaten und England weisen geringe Abnahmen auf, während die Börsen der EU stark stiegen.

Zu dieser Entwicklung sei dreierlei bemerkt: erstens verdient es Argentinien gewiss nicht, mit Brasilien und Mexiko in den gleichen Topf geworfen zu werden, haben jene Länder doch schwierige finanzielle Probleme, die Argentinien nicht hat; zweitens, verdient es die Region Lateinamerika nicht, schlechter als die genannten asiatischen Staaten eingestuft zu werden, umso mehr als beim Ausgangspunkt, dem 20. Oktober 1997 die asiatischen Börsen relativ viel höher standen, mit viel niedrigeren Verhältnissen der Gewinne zu den Börsenkursen; und drittens zeugt es von einem wenig rationalen Verhalten der grossen Börseninvestoren (vor-

nehmlich Investitionsfonds), wenn sie auf gute Gewinnaussichten an der Börse von Buenos Aires verzichten, und eine Seifenblase in den Börsen der hochentwick-

Die Rinderbaisse

Die Preise für Rinder sind seit Juli um über 25% gesunken: von etwa \$ 1,25 pro kg. Lebendgewicht auf etwa \$ 0,95. Dies beginnt sich schon in Preisrückgängen von zunächst etwa 10% am Ladentisch zu widerspiegeln, von zunächst etwa 10%. Hierzu sei bemerkt, dass die vorangehende Preissteigerung bei Rindern auch nicht voll auf den Endpreis beim Metzger abgewälzt worden war.

Die Baisse wurde durch eine Zunahme des Angebotes ab Juli herbeigeführt, bei geringerer Exportnachfrage. Die Exportschlachthäuser haben durch die Hausse grosse Verluste erlitten, wobei mehrere in Konkurs gegangen sind und/oder sogar geschlossen haben. Da die Preise im Ausland auch gedrückt waren, vornehmlich wegen der Liquidierung von Beständen in den USA, ging das Geschäft nicht auf, nicht einmal in den USA selbst, wo der Preis höher ist. Nachdem die bestehenden Lieferverträge erfüllt wurden, wurden keine neuen mehr abgeschlossen. Erst jetzt, beim niedrigeren Rinderpreis, dürfte das Exportgeschäft wieder in Gang kommen.

Legalisierung der Lebensversicherungen im Ausland

Der Senat hat ein Gesetzesprojekt über Legalisierung von Lebensversicherungsverträgen, die mit Gesellschaften abgeschlossen worden sind, die ihren Sitz im Ausland haben und daher in Argentinien gemäss der lokalen Gesetzgebung nicht tätig sein dürfen, einstimmig genehmigt. Das Projekt befindet sich jetzt in der Deputiertenkammer, wo es gute Chancen hat, auch genehmigt zu werden, da es im Wesen nicht konfliktiv ist, sondern nur ein faktisches Problem löst.

Die langdauernde Inflationsperiode hatte die individuelle Lebensversicherung in Argentinien praktisch zerstört. Es war begreiflich, dass diejenigen, die dennoch die Notwendigkeit empfanden, sich zum Schutz ihrer Familie für den Todesfall zu versichern, Verträge im Ausland abschlossen. Das war zwar formell verboten,

leten Länder herbeiführen. Das ist gewiss eine falsch verstandene Flucht in die Qualität („flight to quality“), die als Ursache für diese Entwicklung angeführt wird.

Das höhere Angebot bezieht sich einmal auf mehr Rinder, dann aber auch darauf, dass diese ein höheres Gewicht haben, nachdem der Zustand der Weiden im Frühling 1997 dank „El Niño“ sehr gut war und es auch danach blieb, wobei der milde Winter mithalf. Dieses Phänomen führte auch dazu, dass die sich Kühe nach den Wüften vom Frühjahr gut erholten, so dass der Koeffizient von trächtigen Kühen stieg, womit für diesen Frühling mehr Kälber erwartet werden. Somit müssen die Landwirte ihre Weiden zum Teil frei machen, um für die neue Kälber Platz zu schaffen. Hinzu kommt noch die Zinssteigerung, die zum vorzeitigen Verkauf von Rindern führt, um Bankschulden zurückzuzahlen. Dennoch wird nicht mit einem andauernden hohen Angebot gerechnet, da die Landwirte wieder Rinder einbehalten, um ihre Herden zu erhöhen, nachdem sie sie in den letzten Jahren stark abgebaut hatten. Nachdem dieses Jahr die Getreidepreise niedrig sind und die Landwirte sich anschicken, ihre Saatflächen zu verringern, wird mit einem milden Übergang zur Rinderwirtschaft gerechnet.

wobei auch Strafen vorgesehen waren; aber faktisch wurde es eben geduldet, weil es logisch war. Somit bildete sich auch ein Netz von Agenten ausländischer Lebensversicherungsgesellschaften, die aktiv für Verträge warben.

Die Lage hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich geändert. Mehrere bestehende Versicherungsgesellschaften haben auch diese Branche ausgebaut, und einige grosse ausländische Lebensversicherungsanstalten liessen sich in Argentinien nieder. Es fand eine beachtliche Expansion auf diesem Gebiet statt. Dennoch hatten die ausländischen Gesellschaften, die vom Ausland aus direkte Verträge abschlossen, mit ihren sogenannten „off shore-Verträgen“ einen wesentlich höheren Umsatz als die lokalen Gesellschaften. Das

war zum Teil durch das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber Argentinien bedingt, aber im Wesen eine Folge der Tatsache, dass diejenigen, die einen Vertrag im Ausland abgeschlossen hatten, keine Möglichkeit hatten, ihn hier zu legalisieren. Wenn sie vom Vertrag im Ausland zurücktraten, erhielten sie zwar das eingezahlte Kapital plus Zinsen minus eine Belastung für Ausgaben zurück, konnten dieses Geld jedoch nicht hier a Konto einer neuen Lebensversicherung einzahlen, da es sich um schwarzes Geld handelte, so dass sie 33% Gewinnsteuer auf den Betrag hätten zahlen müssen.

Die lokalen Lebensversicherungsgesellschaften sind daraufhin bei den Behörden vorstellig geworden, damit diese Lage bereinigt wird. Es hat keinen Sinn, die Inhaber von Verträgen zu verfolgen; denn erstens ist es schwer nachzuweisen, dass ein solcher Vertrag besteht, und zweitens gewinnt niemand, wenn der Betreffende Schaden erleidet und bestraft wird. Es musste eine Lösung für den Übergang von Verträgen im Ausland auf Verträge in Argentinien gefunden werden. Auf das bezieht sich das Projekt.

Der Grundgedanke ist sehr einfach: wer einen Lebensversicherungsvertrag im Ausland hat und ihn auflöst, kann das Kapital, das er dabei erhält, a Konto eines neuen Vertrages bei einer lokal registrierten Gesellschaft einzahlen,

wobei er dann vom Vermögensnachweis gegenüber dem Steueramt befreit wird und auch nicht bestraft wird. Am vorteilhaftesten ist es im Fall, dass es sich um einen Vertrag mit der Muttergesellschaft einer lokalen Filiale handelt.

Für den Versicherten besteht der Vorteil darin, dass er die Prämie ganz oder zumindest teilweise von der Steuergrundlage der Gewinnsteuer abziehen kann. Das ist für jemanden, der sich in der höchsten Kategorie befindet (33% und mit der Steuerreform jetzt 35%), ein Vorteil. Ob dies genügt, um zum einem Übergang vom Ausland nach Argentinien zu bewegen, sei dahingestellt. Manche Experten meinen, diese Massnahme werde kaum eine Wirkung haben.

Für Argentinien hat diese Übertragung von Verträgen den Vorteil, dass sich Kapital im Land ansammelt, das zum grössten Teil in lokalen Papieren oder bei lokalen Banken angelegt werden muss. Allerdings trägt sich das Wirtschaftsministerium jetzt mit dem eigenartigen Gedanken, hier eine volle Liberalisierung einzuführen, so dass die angehäuften Fonds auch voll im Ausland angelegt werden können. Das dürfte jedoch nicht durchkommen, da dann der Hauptvorteil, den das Land bei dieser Legalisierung der Lebensversicherungsverträge hätte, zunichte gemacht würde.

Zitronenrekorde

Im traditionellen Pampaland Argentinien, wo der Weizen blüht und die Rinder grasen, werden neuerdings andere Produktions- und Exportrekorde gemeldet, darunter Honig und Zitronen. Argentinien ist bereits führendes Exportland von Honig vor China, produziert aber weniger als das Riesenreich in Asien. Hingegen zeigen die Zahlen, dass Argentinien sowohl als Produzent wie auch als Exporteur und industrieller Verarbeiter von Zitronen weltweit führt. Das hätte sich noch vor einem Jahrzehnt niemand träumen lassen, der das Augenmerk in Argentinien stets auf Getreide und Rindfleisch in der Pampa richtete.

Die Zitronenproduktion Argentinien hat sich seit 1992 kontinuierlich vermehrt und ist Jahr für Jahr von 530.000 t 1992 auf 980.000 t 1998 um 84% gewaltig gestiegen, womit das Land ab 1997 mit 871.000 t die USA über-

flügelt hat und die Spitzenposition in der Welt einnimmt. Es folgen Spanien mit 644.000 t und Italien mit 600.000 t, beide im Jahr 1998, die vorher mehr als Argentinien produzierten. Nach der Türkei mit 250.000 t und Griechenland mit 150.000 t folgen mehrere andere Länder mit jeweils weniger als 100.000 t. Die Weltproduktion wird für 1998 auf 3,8 Mio. t geschätzt, so dass Argentinien ein Viertel davon erzeugt, gegen nur 15,8% im Jahr 1992.

Da der Eigenkonsum an Zitronen relativ gering ist, wird der grösste Teil argentinischer Zitronen exportiert. Tucumán führt als Produktionszentrum, wo klimatisch günstige Bedingungen und keine Krankheiten vorherrschen. Die besten Zitronen werden in Tucumán und Kalifornien produziert. Mit rund 30.000 ha trägt Tucumán zu 95% der landesweiten Zitronenproduktion bei.

Etwa 700.000 t werden sowohl im Naturzustand sowie hauptsächlich verarbeitet als Säfte, Essenzöle und getrocknete Schalen ausgeführt.

Die Kundschaft befindet sich auf allen fünf Kontinenten. Die USA waren bisher abgeriegelt und schützten ihre Zitronenbauer in Florida mit einem Zollsatz von über 40% und sanitären Vorwänden. Letztere sind unlängst fallen gelassen worden, so dass erwartet wird, dass Argentinien künf-

tig auch diesen gewaltigen Markt bedienen kann. Das argentinische Zitronenwunder geschah hauptsächlich in der Zuckerprovinz Tucumán, die hundert Jahre lang eine staatlich geschützte Monokultur betrieb und von Krise zu Krise schlitterte. Mit den Zitronenbäumen, die dort blühen, kann Tucumán aus der Dauerkrise seiner maroden Staatsfinanzen aufsteigen und sich des besonderen Klimas erfreuen, das den Zitronenanbau bevorzugt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 15,7% auf 349,16, der Burcapindex um 22,9% auf 644,20 und der Börsenindex um 18,6% auf 14.587,09.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 9,3% auf \$ 0,9300.

S. Lieberman, ehemaliger Inhaber des Kabelfernsehunternehmens VCC, hat zusammen mit der US-Familie Pritzker die 35jährige Konzession für das Plaza Hotel Mendoza erhalten. Damit stach er die Konkurrenzgruppe aus Accor, Frankreich, Pescarmona und Bomagra, der Investmentgruppe von Jorge Born jr., aus. Der Gewinner verpflichtet sich, US\$ 50 Mio. für den Umbau in ein 5sterne Hotel mit dem Markennamen Hyatt zu investieren und der Provinzregierung eine Jahresgebühr von 3,78% des Umsatzes zu entrichten. Die 1. Ausschreibung, an der auch die spanische Sol Meliá teilgenommen hatte, wurde storniert.

Celulosa Argentina hat einen der Betriebe, den in Zárate, wegen Auftragsmangel kurzfristig gesperrt und die Belegschaftsurlaub für den Zeitraum vorverlegt.

Die argentinische Unilever-Niederlassung wird die Eiscreme-Marke Kibon, deren Fabriken das Stammhaus kürzlich in Brasilien erworben hat, in Argentinien herstellen. Im Vorjahr hatte sie bereits Monhelado (La Montevidéana), die 60 Mio. l Eiscreme im Jahr herstellt, für US\$ 70 Mio. erworben. Damit will Unilever dem in Argentinien mit Abstand Marktersten, Nestle Konkurrenz machen. Weltweit ist Unilever der Markterste.

Copetro, Tochtergesellschaft der Great Lakes Corporation,

USA, hat US\$ 30 Mio. in die Erweiterung ihrer Kohleproduktion aus Erdölrückständen, in La Plata, investiert. Damit soll die Produktion der Spezialkohle, die vorwiegend bei der Aluminiumherstellung Einsatz findet und dem Unternehmen derzeit US\$ 40 Mio. Jahrumsatz sichert, verdoppelt werden. 200.000 sind für den Binnenmarkt, weitere 200.000 t für die Ausfuhr bestimmt.

Quantas, die australische Fluggesellschaft, wird ab 20.11.98 mit Aerolíneas Argentinas gemeinsame Buchungen für je 2 Wochenflüge Buenos Aires-Sydney durchführen.

Der Abgeordnete R. Frigeri, ehemaliger Vorsitzender der Banco de la Provincia de Buenos Aires und derzeit Vorsitzender des Bankenverbandes Abappra (Asociación de Bancos Públicos y Privados de la República Argentina) schlug vor, einen neuen Bankenverband zu gründen, in dem alle Banken vertreten seien, wobei die Bankenverbände Abra, Adebá und Abappra bestehen bleiben sollen. Es sei nicht sinnvoll, dass die ZB Themen die alle Banken betreffen, mit drei verschiedenen Vertretungen besprechen muss.

Die Regierung hat im Senat, nach Zurücknahme der alten, eine neue Gesetzesvorlage für Änderungen bei der Provinzbeteiligung an Bundessteuern eingebracht. Paragraph 3 des Gesetzes soll dahingehend geändert werden, dass 1% des Haushaltes für die Provinzen, Bezirke und Gemeinden bestimmt wird. Paragraph 4, dass die Wirtschaftsführung Bezirke bzw. Gemeinden zustehende Beträge direkt an diese überweisen und sie mit jenen für die Provinzen verrechnen kann. Paragraph 5, dass die Mittel für Notstände, Ausnahmelagen oder Finanzschwierigkeiten in Provinzen, Bezirken oder Gemeinden eingesetzt werden sollen und Paragraph 6, dass die Nationalregierung Mittel aus Notstands-, Sozial- oder Sonderhilfsprogrammen direkt an Bezirke und Gemeinden überweisen kann.

Die seit 1927 tätige deutsche Küchenmöbelfabrik Alno, die in Europa rd. 1.000 Küchenmöbel pro Tag fertigt, geht hier mit der argentinischen Cucina Bella (Fabrik an der Kreuzung Panamericana-Autobahn mit der Bundesstrasse 197) zusammen, um gemeinsam den Mercosur zu bearbeiten. Die Finanzabkommen wurden nicht bekanntgegeben.

Die vorübergehende Unternehmensvereinigung (UTE), die die Fremdenverkehrs-Eisenbahnstrecke Tren de las Nubes in Salta betreibt, hat Investitionen von US\$ 13 Mio. in die Erneuerung des gesamten Rollmaterials bekanntgegeben.

Die Vereinigung besteht aus der Fluggesellschaft Dinar, dem Fremdenverkehrsunternehmen Veloz del Norte und dem MoviTren Konsortium, das seit 1996 die 30jährige Konzession für die Zweigstrecke der Belgrano-Bahn hält, die auf 4.220 m über dem Meeresspiegel Salta Stadt über das La Polvorilla- Viadukt mit San Antonio de los Cobres verbindet.

Die vereinfachte Einheitssteuer (monotributo) für kleine Steuerverpflichtete ist ab 15. Oktober in Kraft. Die erste Rate, für November, ist bis zum 20.10 fällig, da die Raten vorausbezahlt werden müssen.

Die laufenden Prozesse wegen säumigen Zahlungen haben im August, in Buenos Aires Stadt, die Rekordzahl von 11.885 erreicht. In der ersten 8 Monaten betrug die Zunahme im Vorjahresvergleich 33%, wie die spezialisierte Fidelitas-Agentur weiter bekanntgab. Im Quartal Juni/August betrug die Zunahme, immer gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, 41%, im August, 50%. Bei den Gläubigereinberufungen betrug die Zunahme im August 135%, im letzten Quartal 23% auf 297.

Die französische Groupe Seb, weltweit bei kleinen elektrischen Haushaltsgeräten führend, will die kürzlich erworbene brasilianische Marke Arno, zusammen mit der ebenfalls erworbenen kolumbianischen Marke Volvo, hier wieder auf den Markt bringen. Seb vertreibt hier seit 1996 die Marken T-Fal und Rowenta.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab bekannt, dass das Steueramt zu den 340 bereits beschäftigten Rechtsanwälten weitere 500 verpflichtet, um fällige Steuerschulden für \$ 7 Mrd. einzutreiben. Die Anwälte erhalten \$ 300 im Monat plus Honorare. Im Rahmen eines Seminars in der Stiftung Fiel erklärte Steuereinspektor Silvani, die laufenden Einnahmen aus säumigen Steuern hätten bereits das Inkasso von \$ 2 Mrd. gestattet. \$ 7 Mrd. stünden noch aus.

Der Gouverneur von Neuquén, Felipe Sapag, kündigte die unmittelbare Ausschreibung für den Bau eines Staudammes am Neuquén-Fluss an, zusammen mit einem Bewässerungskanal. Es handelt sich um eine Investition von etwa \$ 14 Mio.

Die Regierung der Provinz Mendoza hat einen Betrag von \$ 35 Mio. für die Vor- und Nachfinanzierung von Exporten bereitgestellt. Der Betrag stammt aus dem Fonds für Transformation und Wachstum (FTC), der 1994 gebildet wurde und mit Forderungen des provinziellen Staates gespeist wird, die gerichtlich eingetrieben werden.

Die Propan-, Butan- und Benzinraffinerie von Capex SA in Agua del Cajón, Neuquén, ist in Betrieb genommen worden. Die Investition betrug US\$ 22 Mio. Die Anlage wurde für eine Jahreskapazität von 60.000 Jato Propan und Butan und für 32.000 cbm/Jahr Benzin ausgelegt.

An der Börse verlautete, dass Firmen wie Irsa, Cresud, Capex, Atanor, Juan Minetti und die Macro Bank eigene Aktien erwerben um ihrem weiteren Kursverfall entgegenzuwirken. Die Zementfabrik Minetti gab bekannt, dass sie bereit sei, 3 Mio. Aktien (3% des Kapitals) zu \$ 2 pro Stück aufzukaufen. Die Aktien notierten zu \$ 1,7 und legten daraufhin 6,25% zu. 1998 mussten sie bisher 44% Kursverlust hinnehmen. Atanor hat bereits 1,6 Mio. Aktien (2,25% des Kapitals) für \$ 790.000 zurückgekauft. Capex erwarb 100.000 eigene Aktien für \$ 357.000. Der letzte Rückkauf der Macro Bank war 1.875 Aktien für \$ 19.125. Irsa und Cresud erwarben ebenfalls eigene Aktien, gaben die Beträge jedoch noch nicht bekannt.

The Home Depot, die US-Supermarktkette für Bastler im eigenen Haushalt, die Easy Konkurrenz machen will, hat bereits 4 ha an der Kreuzung der Panamericana Autobahn mit dem Camino del Buen Ayre für US\$ 11 Mio. erworben.

Die Lieferungen von Rindfleisch nach USA, im Rahmen der Quote von 20.000 t für gekühltes und tiefgekühltes Fleisch, werden 1998 voraussichtlich zwischen 5.000 und 7.000 t liegen.

Das Amtsblatt vom 15.9.98 veröffentlicht den Beschluss 593/98 des Industriesekretariates, der die Einfuhr im Rahmen der Bedingungen der Paragraphen 2 und 8 des Beschlusses 502 des Wirtschaftsministeriums vom 7.11.95 von einer, von den Firmen Snamprogetti, Techint und Snamprotechint an die Firma Profertil SA zu liefernde schlüsselfertige Industrieanlage für Stickstoff-Kundendünger gestattet. Die Anlage wird gekörnter syntheti-

schen Harnstoff aus Ammoniak und Kohlenstoffdioxid herstellen.

Ein Bericht der Consultingfirma Ecolatina gibt für Argentinien bis 2000 Investitionen für US\$ 73,45 Mrd. bekannt. Dabei sei eine Verlagerung von der Rohstoffgewinnung auf Baumaterial und andere Güter für den Binnenkonsum festzustellen. 1990/97 wurden US\$ 100,96 Mrd. investiert, davon 43,4% in Dienstleistungen, vorwiegend Fernverbindungen und Elektrizität.

Die Wirtschaftsführung hat Letes-Schatzscheine für US\$ 250 Mio. auf 91 Tage zu 13,96% untergebracht. Die Angebote übertrafen 4,5 mal den ausgeschriebenen Betrag.

Nach dem Kursverfall der Bonds der argentinischen öffentlichen Hand, legten diese wieder kräftig zu, unter ihnen die Global 2027 um 12,1%. Die allgemeine Kurszunahme lag bei 10%. Brady Discount schlossen zu US\$ 66,75 (+10,3%), FRB zu US\$ 74,5 (+10,4%). Bocón 2. Serie bieten jetzt 19,7% Rendite, Renten-Bocon 4. Serie 19,62%, Lieferantenbonds 2. Serie 18,20% und Lieferantenbonds 4. Serie 16,6%.

Im 1. Jahr des Pflicht-Schlichtungsverfahrens für Arbeitskonflikte Seclo (Servicio de Conciliación Laboral Obligatoria) wurden von Arbeitnehmern in Buenos Aires Stadt 34.887 Fälle eingereicht. Bei 13.519 wurde eine Einigung erzielt. 10.677 dieser Einigungen wurden vom Arbeitsministerium gebilligt, bei den restlichen 2.842 waren Rechtsnormen nicht beachtet worden. Die seit 1.9.97 in Kraft befindliche Vorschrift zwingt Arbeitnehmer und -geber sich im Streitfall einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Dabei werden nicht mehr als 3 Arbeitnehmer pro Fall vorgenommen. Wird zwischen 20 und 35 Tagen keine Einigung erzielt, kann der ordentliche Rechtsweg beschritten werden.

Ab 1.10.98 wird Raymond Jones, eine der grossen Investmentbanken der USA, in Argentinien tätig. Dazu hat sie das Börsenunternehmen der ehemaligen Caspian Securities erworben. Minderheitspartner werden E. Tapia, der die Lateinamerikageschäfte der Caspian führte und die zur Sorosgruppe gehörende Asset Management. Raymond Jones, die bisher ausser in Puerto Rico keine Lateinamerika-Niederlassung hat, verwaltet weltweit ein Portefeuille von US\$ 11,5 Mrd., bietet 5.000 Investmentfonds und hat Niederlassungen in 1.200 Städten, vorwiegend in USA und Europa. In Argentinien will sie als Börsenmakler, Wertpapier-Researcher und Berater bei Fusionen und Akquisitionen tätig sein.

Das Gasverteilungsunterneh-

men für den Raum Gross Buenos Aires, MetroGas, gab bekannt, dass es im 1. Halbjahr 1998 im Provinzgebiet Buenos Aires Netzerweiterungen und zusätzliche Anschlüsse für 45.000 neue Verbraucher durchgeführt hat. Dabei wurden mit einer Investition von \$ 7,5 Mio. 280 km Röhre verlegt. Für das Jahr 1998 seien \$ 15 Mio. für Erweiterungsarbeiten vorgesehen. Im Süden von Gross Buenos Aires seien 22 bedeutende Vorhaben in Bau, die 75.000 Bewohner begünstigen und 480 km Rohrleitungen erfordern werden.

Der argentinische Hüttenverband CIS gab die Produktionszahlen vom August (in 1.000 t) bekannt: Roheisen 306,4 (gegenüber Vormonat -1,2%, gegenüber Vorjahresmonat +19,4%) davon 177,5 Guss-eisen und 128,9 Schwammeisen. Rohstahl 386,3 (+8,5%, +8,0%). Warmwalzprodukte 386,2 (+21,6%, -2,5%) davon 176,7 Betoneisen, Draht-eisen, Stangen, Profile und nahtlose Röhre und 209,5 Bleche und Bänder. Kaltwalzprodukte 126,5 (+10,9%, +6,0%).

Die letzten Ermittlungen am Arbeitsmarkt weisen weniger neu geschaffene Arbeitsplätze aus. Gegen errechnete 5,4% Jahreszunahme zu Jahresbeginn verzeichnete August im Vorjahresvergleich um 2,3% mehr. Bei Unternehmen mit über 200 Arbeitnehmern wurde 0,4% Rückgang festgestellt. Die Abschaffung der geförderten Arbeitsplätze äusserte sich in hohen Entlassungen. Die Verringerung dieser Anstellungen gegenüber Juli betrug 20% und liegt nun bei 29% der Arbeitsplätze. Dafür waren 49,7% der Neueinstellungen auf Probezeit. Einstellungen durch Vermittlungsfirmen liegen bei 3%.

Die vorläufigen Angaben über die Industrieproduktion im August, im Vorjahresvergleich, ergaben bei FIEL 2,7% und bei der UADE 3,5% Zunahme.

Die Weltbank hat Argentinien angesichts der Weltkrise einen Stützungskredit von US\$ 4,5 Mrd. gewährt. Davon sollen US\$ 3 Mrd. für Schuldzahlungen eingesetzt werden, während US\$ 1,5 Mrd. in den mit 12 weiteren Banken vereinbarten Sicherheitsfond eingehen.

Nach der richterlichen Entscheidung, dass keines der Fernsprecherunternehmen mehr Monopolrechte genieesse, und dass Unternehmen, die sich in der entsprechenden Rechtslage befinden und den technischen und verwaltungsmässigen Anforderungen genügen, konkurrieren können, will die Regierung den Telefondienst weiter deregulieren und im nächsten Monat 6 Lizenzen für den öffentlichen Fernsprechdienst ausschreiben. Das Regierungsdekret vom März, das ab Dezember 1999 4 Grunddienstbetreiber (Telecom, Telefónica, CTI und Movicom), 3 für Fern- und internationale Dienste (Comsat, Impsat und Keytech) und eine unbestimmte Anzahl Anbieter von öffentlichen und ländlichen Fernsprechdiensten festlegte, war beanstandet worden und liegt nun dem Obersten Gerichtshof zur Beurteilung vor.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wird die Zinssätze für säumige Steuerzahler um einen Punkt erhöhen um zu verhindern, dass sich Unternehmen über die Nichtbezahlung ihrer Steuerschulden billig finanzieren. Ab Oktober werden die Verzugszinsen für Steuerschulden ohne Prozess von 2% auf 3% im Monat erhöht, wo Prozesse laufen von 3% auf 4%.

J. Minetti, die 2. grösste Zementfabrik des Landes, hat von der Weltbanktochter IFC (Internationale Finanzkorperschaft) Darlehen für US\$ 114 Mio. für den Ausbau ihrer Produktionskapazität erhalten. Ein Kredit von US\$ 30 Mio. und ein weiterer von US\$ 14 Mio. werden von der IFC direkt, der von US\$ 70 Mio. mit Beteiligung einer Ban-

kengruppe gewährt.

Die Prime Ratekreditkosten für erstklassige Unternehmen bei kurzfristigen Pesodarlehen, legte in 40 Tagen von 7,89% auf 17,11% im Jahr für Darlehen auf 30 Tage zu, wie die ZB bekanntgab. In Dollar werden 13,26% gefordert. Kleine und mittlere Unternehmen müssen bei Kontoüberziehungen und kurzfristigen Vorschüssen mit 38% Jahreszinsen in Pesos und 24,85% in Dollar rechnen. Zu Beginn der Asienkrise, im November, war die prime rate von 7,9% auf 15,8% gestiegen. Dafür zahlen Banken bis zu 11% Jahreszinsen für Fristdepositen in Pesos auf 30 Tage.

Das vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees für Zollprüfung vor der Verschiffung, E. Rezk, unterzeichnete Rundschreiben 3/98 legt fest, dass die Pflicht der Importeure, auch alle Kfz- und Konsumgüter mit \$ 800 bis \$ 2.999 Wert der Zollprüfung vor Verschiffung zu übergeben, auf den 1.10.98 vorverlegt wird. Damit soll der Aufteilung in kleine Sendungen entgegengewirkt werden. Als Verschiffungsdatum wird bei Seefrachten, das auf dem Komossement angegebene betrachtet, bei Lkw- und Luftfrachten, das der entsprechenden Frachtbriefe.

Das Defizit der öffentlichen Hand (ohne den finanziellen Sektor) betrug im August \$ 11,5 Mio. Da es in den ersten 8 Monaten \$ 2,35 Mrd. beträgt, kann mit einem Septem-berdefizit bis \$ 397,1 das Abkommen mit dem IWF für das 3. Quartal eingehalten werden.

Verteidigungsminister Dominguez verteidigte vor dem Abgeordnetenhaus den Gang der Ausschreibung für das landesweite Radarnetz und erklärte, die Bewertungskommission habe sich bisher nicht endgültig über die Anbieter geäussert. Die Haushaltsvorlage für 1999 sieht \$ 95,2 Mio. Anzahlung für die Gewinner des Zuschlages vor.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	27.7.98	3.8.98	10.8.98	14.8.98	26.8.98	31.8.98	7.9.98	14.9.98
Gold, Devisen u. Anlagen	22,88	22,71	22,62	23,05	23,65	24,49	24,80	24,14
Staatspapiere	1,75	1,83	1,79	1,74	1,54	1,46	1,51	1,43
Internat. Reserven ZB	24,62	24,54	24,41	24,80	25,22	25,94	26,31	25,57
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	9,85	9,37	9,41	8,97	8,65	6,72	7,22	7,10
Währungsreserven des Finanzsystems	34,47	33,92	33,82	33,77	33,87	32,67	33,52	32,67
Notenumlauf	15,49	15,74	16,09	15,69	15,17	15,18	15,60	15,15
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,01	0,02	0,04	0,03	0,03	0,02	0,02	0,03
Monetäre Passiven	15,50	15,76	16,12	15,72	15,20	15,20	15,62	15,18
Nettosaldo Swaps	7,04	6,78	6,26	7,09	8,17	8,98	8,82	8,68
Depositen der Regierung	1,78	2,06	2,40	0,78	0,62	0,56	0,46	0,64
Finanzpassiven	22,54	22,54	22,38	22,81	23,38	24,18	24,44	23,86

Quelle: Zentralbank

Kirchensteuer

Msgr. Rafael Rey, Vorsitzender der argentinischen Caritas erklärte, die Schaffung einer Steuer für die Religionsgemeinschaften könne eine Möglichkeit sein, den verschiedenen Religionen zu helfen. Msgr. Carmelo J. Giacinta, Erzbischof von Resistencia, Provinz El Chaco, dementierte am gleichen Tag, dass der Bischofsrat sich für die Einführung einer derartigen Abgabe ausgesprochen habe.

Der Bischof von Zárate-Campana meinte, in Italien werde ein Prozentsatz der derart eingenommenen Mittel Förderprogrammen für die Menschen zugeführt, die die Kirche durchführt. In einer Rundfunckerklärung sagte er, es sei keinesfalls schlecht, wenn eine Steuer zur Erhaltung der Religionen geschaffen würde, da sie auch eine Verbindung der Gläubigen mit ihrer Religion herstelle.

Msgr. Giacinta betonte jedoch, die Systeme in Italien und Deutschland seien grundverschieden. In Italien gebe es keine Kirchensteuer. Jeder Bürger beschliesse freiwillig, für welche öffentliche Wohlfahrtsstelle ein Teil der Steuern, die er bezahlen muss, abgezweigt werden soll. Die Katholische Kirche sei dabei eine der möglichen Empfängerinnen. Der Betrag sei vom Gesetz mit 0,8% der zu zahlenden Steuern festgelegt und der Staat leite die Beträge an die von den Bürgern bestimmten Stellen weiter.

Auch in Spanien bestehe ein ähnliches System. In Deutschland habe der Staat hingegen, als Entschädigung für die Konfiskationen katholischen und lutheranischen Kirchengutes, diesen das Recht zuerkannt, von ihren Gläubigen eine Steuer zu fordern und den Staat verpflichtet, sie einzutreiben. Der argentinische Bischofsrat würde niemals einem System wie dem deutschen beipflichten, weshalb jede Erwähnung einer Kirchensteuer irreführend sei.

Wirtschaftsindikatoren vom August

	Änderung in % gegenüber		Änderung in % in Vergleichszeiträumen	
	Vormonat	Vorjahresmonat	8 Mon. 98/97	Letzte 12 Monate
Produktion				
Kfz-Fertigung	7,7	15,7	16,7	25,6
Zwischenprodukte				
Stahllieferungen an den Binnenmarkt	-3,9	-1,6	3,2	10
Stahlproduktion (Aug.98/Aug.97)	-	7,3	-	-
Aluminiumlieferungen an Binnenmarkt	-6,2	18,2	17,3	8,7
Aluminiumproduktion (Aug.98/Aug.97)	-	3,4	-	-
Zementlieferungen an Binnenmarkt	7,2	5,0	11,4	17,3
Allgemeine Indikatoren				
Stromlieferung an Industrie, Grossabnehmer	3,9	10,8	19	ohn Ang.
Erdgaslieferungen an Industrie (vorläufig)	-3,2	6	4	8,7
Kredite an die Privatwirtschaft (vorläufig)	1,7	15,7	16,6	16,7(a)
Hypotheken-Wohnbaukredite	1,5	35,3	36,5	33,9(a)
Umsätze der Supermarkt-Ketten (vorläufig)	2	12,9	12,3	10,4
Baugewerbe (Juli98)	0,2	0,8	12,5	17,9
Öffentliche Dienste (Juli98)	5,6	8,1	12,3	13,9
Energiepreise				
Strom-Spotmarkt, reale Durchschnittspreise	-3,6	6,9	-9,3	-9,4
Erdgas, Grossabnehmer reale Durchschnittspr.	0,7	-1,23	-0,26	-4,7
Erste 7 Monate 1998	Erste 7 Mon.98/97 in %		Letzte 12 Mon.98/98 in %	
Kapitalgüter-Einfuhren (vorläufig)	26		30,7	
Ausfuhren von Industrieerzeug. (vorläufig)	17,6		25,2	

(a) Durchschnittssaldi

Quelle: CEP (Studienzentrum für Produktion im Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau)